

Verfahrensbedingungen

Auftraggeber	Studentenwerk Schleswig-Holstein AöR
Maßnahme:	Internet Service für Studierende
Vergabenummer:	62311

Die folgenden Beteiligungsbedingungen sind bei der Beteiligung an einem Vergabeverfahren bindend und von den Unternehmen zu beachten.

Präambel: Wirtschaftlichkeit und soziale Bedeutung der Preiswertung

Das Studierendenwerk Schleswig-Holstein betreibt studentische Wohnanlagen mit sozialer Zweckbindung. Die im Rahmen der Ausschreibung entstehenden Kosten werden im Wesentlichen auf die Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnanlagen umgelegt.

Vor diesem Hintergrund kommt der langfristigen Wirtschaftlichkeit und sozialen Verträglichkeit der angebotenen Leistungen besondere Bedeutung zu.

Die Auftraggeberin legt daher besonderen Wert auf:

- *wirtschaftlich nachhaltige Betriebsmodelle,*
- *transparente und nachvollziehbare Preisstrukturen,*
- *langfristig stabile Betriebskosten,*
- *sowie eine insgesamt sozialverträgliche Ausgestaltung der angebotenen Leistungen.*

Neben der technischen Leistungsfähigkeit werden insbesondere auch die langfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen der Angebote berücksichtigt.

Die Bewertung der Angebote erfolgt unter Berücksichtigung der in den Vergabeunterlagen bekannt gemachten Zuschlagskriterien.

1. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler oder Formulierungen, die im Widerspruch zu vergaberechtlichen Bestimmungen stehen, hat das Unternehmen die Vergabestelle ausschließlich über die Vergabeplattform über den Button „Kommunikation“ im Menü bis zu dem in der Bewerbungs-/Angebotsaufforderung benannten Termin hinzuweisen.

2. Anforderungen an den Teilnahmeantrag/das Angebot

2.1 Der Teilnahmeantrag/Das Angebot muss in allen seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abgefasst, von dem/den Unternehmen vollständig ausgefüllt sein und alle in den Vergabeunterlagen geforderten Angaben oder Erklärungen enthalten. Die Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

2.2 Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

2.3 Etwaige Änderungen der von Bewerber*in/Bieter*in vorgenommenen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

- 2.4 Soweit Erläuterungen zur besseren Beurteilung des Angebots erforderlich erscheinen, können diese dem Teilnahmeantrag/Angebot auf besonderer Anlage beigelegt werden. Auf Anlagen ist im Angebot hinzuweisen.
- 2.5 Muster und Proben müssen als zum Angebot gehörig gekennzeichnet sein.
- 2.6 Alle Preise sind in EURO, gerundet auf höchstens zwei Nachkommastellen, anzugeben. Die Preise sind in netto, ohne Umsatzsteuer, anzugeben.
- 2.7 Ein*eine Bieter*in, der*die in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Preise auf verschiedene Preise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der*die Bieter*in die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, grundsätzlich von der Wertung ausgeschlossen.
- 2.8 Der*die Bieter*in hat auf Verlangen des Auftraggebers die Kalkulation sowie die Aufgliederung wichtiger Einheitspreise ausgefüllt zu dem von dem Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. Dies gilt auch für Unterauftragnehmerleistungen.
- 2.9 Die Einreichung eigener Allgemeiner Geschäftsbedingungen (**AGB**) des Bieters ist grundsätzlich nicht vorgesehen.
- Für das Vergabeverfahren sowie den späteren Vertrag gelten ausschließlich die Regelungen der Vergabeunterlagen einschließlich der Vertragsunterlagen, des vorgesehenen EVB-IT-/Rahmenvertrages sowie nachrangig der VOL/B.
- Die Einreichung eigener AGB führt nicht automatisch zum Ausschluss des Angebots. Eigene Geschäftsbedingungen des Bieters werden jedoch nur wirksam, soweit der Auftraggeber diesen ausdrücklich schriftlich zustimmt. In diesem Fall gelten sie ausschließlich nachrangig und nur insoweit, als sie den Vergabeunterlagen, den Vertragsbedingungen, dem EVB-IT-/Rahmenvertrag oder der VOL/B nicht widersprechen.

3. Bewerber-/Bietergemeinschaft

- 3.1 Erklärung Bewerber*innen-/Bietergemeinschaft: Dem Teilnahmeantrag/Angebot einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist eine Erklärung beizulegen, in der sämtliche Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft einem bevollmächtigten Vertreter der Bewerber-/Bietergemeinschaft Vertretungsmacht im Rahmen dieses Vergabeverfahrens einräumen, insbesondere hinsichtlich der rechtsverbindlichen Abgabe und Entgegennahme von Erklärungen sowie der Vornahme von Verfahrenshandlungen. Die vorgeschriebene Erklärung ist rechtsverbindlich von vertretungsbefugten Personen jedes Mitgliedes Bewerber-/Bietergemeinschaft zu unterzeichnen und für die Bewerber-/Bietergemeinschaft einfach im Original mit dem Teilnahmeantrag/Angebot einzureichen; mit dem Angebot einer Bewerber*innen-/Bietergemeinschaft ist eine gemeinsame Erklärung abzugeben, dass alle Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft für die Vertragserfüllung und etwaige Schadensersatzansprüche gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch haften. Weiterhin haben sämtliche Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft im Rahmen der Erklärung der Bewerber-/Bietergemeinschaft darzulegen, dass die Bildung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft keinen Verstoß gegen § 1 GWB darstellt. Darüber hinaus ist von den Mitgliedern der Bewerber-/Bietergemeinschaft zu erklären, inwiefern für das jeweilige beteiligte Unternehmen wirtschaftlich zweckmäßige und kaufmännische Gründe vorliegen, sich nicht allein um die Auftragsvergabe zu bewerben

3.2 Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften sind die Eignungsangaben von jedem Bewerber-/Bietergemeinschaftspartner gesondert auszufüllen. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen muss für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft individuell nachgewiesen werden. Für die übrigen Eignungskriterien kommt es auf die Bewerbergemeinschaft insgesamt an, der Auftraggeber wertet also diese Angaben kumulativ. Die zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit gemäß Ziffer III.1.3) vorzulegenden Referenzen sind bei Vorliegen einer Bewerbergemeinschaft von demjenigen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen, das im Auftragsfall innerhalb der Bewerbergemeinschaft die vergleichbaren Leistungen ausführen wird.

4. Unterauftragnehmer/Eignungsleihe

4.1. Ein*eine Bewerber*in/Bieter*in kann sich zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit oder Fachkunde der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen („Eignungsleihe“). In diesem Fall hat der*die Bewerber*in diese anderen Unternehmen (Unterauftragnehmer*in) in seinem Teilnahmeantrag zu benennen und die unter Ziffer III.1.) bezeichneten Unterlagen für diese Unterauftragnehmer*innen in dem Umfang vorzulegen, in dem sich der*die Bewerber*in auf die Fähigkeiten der Unterauftragnehmer*innen zum Nachweis der Leistungsfähigkeit oder Fachkunde beruft. Ferner sind Erklärungen der benannten Unterauftragnehmer*innen einzureichen, aus denen hervorgeht, dass der Bewerber im Falle der Zuschlagserteilung auf sämtliche für die Auftragsdurchführung erforderlichen Mittel der benannten Unterauftragnehmer zugreifen kann (Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer*innen). Hierfür wird ein entsprechendes Formular „Verpflichtungserklärung“ zur Verfügung gestellt, das von den Unternehmen möglichst genutzt werden soll. Eignungsangaben von Unterauftragnehmer*innen werden nur dann berücksichtigt, wenn eine Erklärung des*der Unterauftragnehmer*innen vorliegt, wonach dieser bereit ist, Leistungen, auf die sich die Eignungsangaben beziehen, für dieses Projekt zu erbringen. Es wird darauf hingewiesen, dass ein anderes Unternehmen im Sinne der Eignungsleihe nicht nur ein selbstständiges, von dem*der Bewerber*in bzw. der Bewerbergemeinschaft rechtlich verschiedenes Unternehmen sein kann, sondern hierunter auch ein (konzern-) verbundenes Unternehmen (Mutter- / Tochter- / Schwestergesellschaft etc.) zu verstehen ist.

4.2. Beabsichtigen Bieter wesentliche Teile des Auftrags durch Unterauftragnehmer*innen zu erbringen, haben sie die Unterauftragnehmer*innen und die hiervon betroffenen Auftrags- / Leistungsanteile im Angebot anzugeben. Beabsichtigen die nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bieter*innen wesentliche Teile des Auftrags durch Unterauftragnehmer*innen zu erbringen – ohne sich zugleich auf deren Leistungsfähigkeit und / oder Fachkunde zu berufen –, haben sie die Unterauftragnehmer und die hiervon betroffenen Auftrags- / Leistungsanteile ebenfalls im Angebot (nicht im Teilnahmeantrag) anzugeben. Zum Nachweis, dass dem*der Bieter*in die erforderlichen Kapazitäten des*der Unterauftragnehmer*in zur Verfügung stehen, hat er auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorzulegen.

5. Prüfung von Teilnahmeanträgen

Bei den geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweisen handelt es sich grundsätzlich nicht um Mindestanforderungen. Zwingende Angaben, d. h. Angaben und Erklärungen, die zwingend bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist vorzulegen sind, sind als „Mindestanforderung“ gekennzeichnet.

zeichnet. Die Nichtvorlage, nicht rechtzeitige oder nicht vollständige Vorlage oder die Vorlage von Angaben, die inhaltliche Defizite aufweisen hinsichtlich der als „Mindestanforderung“ gekennzeichneten Angaben führt ggf. nach erfolgloser Nachforderung zum Ausschluss. Inhaltliche Defizite der vorgelegten Nachweise und Erklärungen führen nicht zwingend zum Ausschluss des Teilnahmeantrages, sondern werden im Rahmen der grundsätzlichen Eignungsfeststellung berücksichtigt. Der Auftraggeber behält sich vor, bei Zweifeln an der Eignung wegen inhaltlicher Defizite der vorgelegten Nachweise und Erklärungen, Teilnahmeanträge nicht zu berücksichtigen. Der Auftraggeber ist berechtigt, bei Bedenken hinsichtlich der Eignung des*der Bewerber*in die Vorlage von Originalen oder weiteren Unterlagen zu verlangen. Verzichtet der Auftraggeber auf das Nachfordern von Nachweisen und Erklärungen, können unvollständige Teilnahmeanträge ggf. ausgeschlossen werden. Der Auftraggeber prüft die Eignung der Bewerber*innen/Bewerbergemeinschaften in einem dreistufigen Verfahren:

- 1. Stufe: Prüfung auf Vorliegen des Teilnahmeantrages und der abgeforderten Nachweise und Erklärungen
- 2. Stufe: Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen gemäß/entsprechend den §§ 123 ff. GWB sowie Einhaltung der Mindestanforderungen
- 3. Stufe: Prüfung der wirtschaftlichen, finanziellen sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

6. Prüfung von Angeboten

6.1. Die eingegangenen Angebote werden zunächst daraufhin geprüft, ob sie die formellen Anforderungen erfüllen. Dabei wird insbesondere geprüft:

- die form- und fristgerechte Einreichung des Angebotes,
- vollständiges Vorliegen der geforderten Unterlagen und Angaben
- die Einhaltung der vorgegebenen Formalien des Angebotes, vollständige Ausfüllung der vorbereiteten Angebotsunterlagen, Eindeutigkeit der Eintragungen, keine Änderungen oder Ergänzungen der Vergabeunterlagen
- Angabe der erforderlichen Angebotspreise
- Vorliegen von Nebenangeboten

6.2. Sofern kein vorgeschalteter Teilnahmewettbewerb stattgefunden hat, wird der Auftraggeber die Biitereignung wie folgt prüfen:

Bei den geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweisen handelt es sich grundsätzlich nicht um Mindestanforderungen. Zwingende Angaben, d. h. Angaben und Erklärungen, die zwingend bis zum Ablauf der Angebotsfrist vorzulegen sind, sind als „Mindestanforderung“ gekennzeichnet. Die Nichtvorlage, nicht rechtzeitige oder nicht vollständige Vorlage oder die Vorlage von Angaben, die inhaltliche Defizite aufweisen hinsichtlich der als „Mindestanforderung“ gekennzeichneten Angaben führt ggf. nach erfolgloser Nachforderung zum Ausschluss. Inhaltliche Defizite der vorgelegten Nachweise und Erklärungen führen nicht zwingend zum Ausschluss des Angebots, sondern werden im Rahmen der grundsätzlichen Eignungsfeststellung berücksichtigt. Der Auftraggeber behält sich vor, bei Zweifeln an der Eignung wegen inhaltlicher Defizite der vorgelegten Nachweise und Erklärungen, Angebote nicht zu berücksichtigen.

Der Auftraggeber ist berechtigt, bei Bedenken hinsichtlich der Eignung des*der Bieter*in die Vorlage von Originalen oder weiteren Unterlagen zu verlangen.

Der Auftraggeber prüft die Eignung der Bieter/Bietergemeinschaften in einem dreistufigen Verfahren.

- 1. Stufe: Prüfung auf Vorliegen des Teilnahmeantrages und der abgeforderten Nachweise und Erklärungen
- 2. Stufe: Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen gemäß den §§ 123 ff. GWB sowie Einhaltung der Mindestanforderungen
- 3. Stufe: Prüfung der wirtschaftlichen, finanziellen sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

6.3. Desweiteren wird der Auftraggeber die Angemessenheit der Angebote prüfen und die Angebote entsprechend der Wertungskriterien auswerten.

7. Umgang mit den Daten des*der Bewerber*in/Bieter*in

Es wird darauf hingewiesen, dass sich der*die Bewerber*in/Bieter*in mit Abgabe des Angebotes damit einverstanden erklärt, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können. Der*die Bewerber*in/Bieter*in hat sicherzustellen, dass seine Mitarbeiter*innen entsprechend informiert sind und – soweit erforderlich – deren Zustimmung zur Weitergabe der betreffenden personenbezogenen Daten vorliegt.

Soweit im Rahmen der Leistungserbringung eine Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag des Auftraggebers erfolgt, ist vor Zuschlagserteilung bzw. spätestens vor Beginn der Leistungserbringung eine Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO abzuschließen.

Der Auftragnehmer hat die hierfür erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen nachzuweisen.

Der Auftraggeber behält sich vor, den Abschluss der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung zur Voraussetzung des Vertragsschlusses zu machen.

8. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter*innen, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der*die Bieter*in auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der*die Bieter*in wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

9. Lieferkettensorgfaltsgesetz

Der Bieter*in erklärt mit Angebotsabgabe, dass gegen sein/ihr Unternehmen keine rechtskräftige Bußgeldentscheidung nach § 24 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) vorliegt, die gemäß § 22 LkSG zu einem Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge führen kann.

Der öffentliche Auftraggeber behält sich vor, eine Bieter*in gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 3 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) von der Teilnahme am Vergabeverfahren auszuschließen, wenn das Unternehmen nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat, zu denen auch Verpflichtungen nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) zählen.

Liegen die Voraussetzungen des § 22 LkSG vor (Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge bei rechtskräftig festgesetzter Geldbuße in bestimmter Höhe), kann ein Ausschluss für die dort vorgesehene Dauer erfolgen.

Der Bieter*in ist verpflichtet, dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen, wenn während des laufenden Vergabeverfahrens oder der Vertragslaufzeit ein Sachverhalt eintritt, der die Voraussetzungen eines Ausschlussgrundes nach §§ 123, 124 GWB oder § 22 LkSG erfüllen könnte.

Maßnahmen der Selbstreinigung nach § 125 GWB bleiben unberührt.

10. Rechtsbehelfsbelehrung für Vergabeverfahren oberhalb der Schwellenwerte

"§ 134 GWB Informations- und Wartepflicht:

(1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

(2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.

(3) Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnigte geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lauterer Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.

§ 135 GWB Unwirksamkeit:

(1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber

1. gegen § 134 verstoßen hat oder

2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

(2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

(3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn

1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zulässig ist,
2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und
3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.

Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.

§ 160 GWB Einleitung, Antrag:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt."